

Dr. Becker (Stadtarchiv Ludwigshafen / 504-3015)

„Gespalten in den gemeinsamen Untergang – die Ludwigshafener Arbeiterbewegung zwischen 1919 und 1933“

„Das war heute wohl der glücklichste Tag meines Lebens... Gestern Abend wählten wir schon in einer anberaumten Versammlung einen Arbeiterrat.... Heute Mittag fand sich eine riesige Menge auf dem Exerzierplatz ein, wo eine Volksversammlung stattfand... Daran schloss sich eine Demonstration, unter überaus starker Beteiligung. Die Verantwortung, die wir nun auf uns geladen haben, ist sehr groß. Aber es gilt unserem höchsten Ideal, dem Sozialismus. Die Hoffnung ist groß, dass wir das Ziel erreichen.“

- Foto Ludwig -

Tagebucheintrag Adolf Ludwig 10. November 1918

Nur durch die Emigration konnte er sein Leben retten.

Warum binnen 15 Jahre eine hoffnungsvolle Vision in den Abgründen der Barbarei endete, möchte in der folgenden dreiviertel Stunde vortragen und abschließend die Frage diskutieren, ob dieses Scheitern unvermeidlich war.

FOTO A + S

9. November auch in allen größeren Städten der Pfalz Arbeiter- und Soldatenräte improvisiert. Ziel war der Übergang von der alten zur neuen Staatsordnung ohne Störung:

- Beseitigung der Monarchie und Umwandlung Deutschlands in eine Republik**
- Nur eine kleine Minderheit will den Sozialismus oder gar die Diktatur des Proletariats**
- Übergang der Staatssouveränität auf das Volk.**
- Frauenwahlrecht**
- 8-Stunden-Tag**

- FOTO 8-Stunden-Tag -

**Erreicht mit dem Stinnes-Legien-Abkommen
Das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15.
November 1918 war ein Vertrag zwischen
Spitzenvertretern der Gewerkschaften und der**

deutschen Industrie. Seinen Namen verdankt es den beiden federführenden Unterzeichnern: Carl Legien, dem damaligen Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und dem Ruhrindustriellen Hugo Stinnes.

Das Abkommen begründete eine Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden mit der Anerkennung der Gewerkschaften und der von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge. Zugleich wurde damit von Arbeitgeberseite die Einrichtung von Arbeiterausschüssen (Betriebsräten) in den Betrieben und die Einführung des Achtsturentags zugestanden.

Was für die Gewerkschaften als ein Vertragswerk von grundsätzlicher Bedeutung für den Wandel im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit galt, war für die Unternehmer ein Not- und Zweckbündnis. Aus Furcht vor einer Sozialisierung ihrer Fabriken in der Novemberrevolution hatten sie das Abkommen unterzeichnet. „Die Großindustriellen waren in schwerster Sorge vor einer kommenden Sozialisierung. Sie waren zu allem bereit, wenn sie nur ihr Eigentum behielten.“

Kaum war aber die Frage der Sozialisierung vom Tisch, stand aber auch der 8-Stunden-Tag wieder zur Disposition.

- Keine Demokratisierung Schule, Universität, Justiz, Polizei und Militär**

_ FOTO WAGNER -

In der Pfalz beschloss die Vertretersammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte beim Eintreffen der französischen Besatzungsmacht am 21. November 1918 ihre Selbstaflösung als „revolutionäres Organ“.

Da die Pfalz jedoch bis zum 11. Dezember 1918 bereits vollständig von französischen Truppen besetzt wurde, war entsprechend den eigenen Beschlüssen die Rätebewegung in der Pfalz bereits vor dem Zusammentreten des Reichsrätekongresses beendet

22.02.1919 Protest gegen Ermordung Kurt Eisner von Militär aufgelöst

03. Juli 1919 Schefflein Aktion

- FOTO Schefflein –

(SPONTANITÄT DER MASSEN)

24.02.1920 Hungerdemonstration 20000

13. März 1920 Generalstreik gegen KAPP

**18.04.1920 Stadtrat SPD 12 / USPD 12 /
Bürgerliche 16**

- FOTO Hoffmann -

**05. Mai 1920 OB Wahl in LU / Hoffmann fällt
durch**

**21. Mai 1920 18 % Dividende 50 Pfennig statt 6
Mark Lohnerhöhung Sturm auf die Direktion /
Polizei besetzt Direktionsgebäude**

**8. Oktober 1920 Aussperrung Werk Oppau
8700 Arbeiter Kolonialtruppen**

**12/1920 Zusammenschluss USPD + KPD
Die KPD konnte anschließend unter der
Ludwigshafener Arbeiterschaft eine Mehrheit
für ihre Anliegen gewinnen und z.B. alle
führenden Funktion im BASF-Betriebsrat unter
der Leitung von Max Frenzel zu besetzen.**

- FOTO MAX FRENZEL -

Zu einer kurzen Zusammenarbeit aller drei Arbeiterparteien kam es anlässlich der Ermordung von Walter Rathenau am 24. Juni 1922. Aus Protest gegen diese Tat veranstaltete die Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am 24. Juni und 4. Juli 1922 mit 30 000 bzw. 50 000 Teilnehmern die beiden größten Demonstrationen in der Geschichte der Stadt. Da in der Folge aber MSPD und USPD am parlamentarischen Weg festhielten, zerbrach die Gemeinsamkeit mit der KPD nach wenigen Tagen.

1922 initiierte die KPD eine Lohnerhöhungskampagne, die durch einen Reichsbetriebsrätekongress unterstützt werden sollte. Dieser wurde allerdings von den Gewerkschaftsorganisationen abgelehnt. Dennoch wurden die drei KPD-Betriebsratsmitglieder Frenzel, Löcher und Mohr auf einer von 8 000 Personen besuchten Versammlung der BASF-Arbeiter als Delegierte zu diesem am 23. November 1922 in Berlin tagenden Reichsbetriebsrätekongress gewählt, obwohl nicht nur die Gewerkschaftsführung für diesen Fall mit ihrem Ausschluss, sondern auch

die Unternehmensleitung mit der Entlassung der Delegierten gedroht hatte. Tatsächlich wurde den drei Betriebsratsmitgliedern nach ihrer Rückkehr am 27. November 1922 die fristlose Kündigung mitgeteilt.

- FOTO Streikunterstützung -

Daraufhin ließ sich die Mehrheit der BASF-Belegschaft von ihren Vertrauensleuten - gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen - zu einem Solidaritätsstreik bewegen, der unter der Führung einer kommunistisch dominierten Zentralstreikleitung auf weitere Ludwigshafener Betriebe ausgedehnt wurde und bis zum 20. Dezember 1922 andauerte. Trotz ihres langen Ausharrens erreichten die Arbeiter nicht nur nicht die Rücknahme der Entlassung der drei kommunistischen Betriebsratsmitglieder, sondern sie mussten bei ihrer eigenen Wiedereinstellung sogar deutlich schlechtere Arbeitsverträge akzeptieren. Der von der KPD initiierte politische Massenstreik in der BASF endete also mit einer deutlichen Niederlage für die gesamte pfälzische Arbeiterschaft zum Ende des Jahres 1922, veranschaulichte aber auch, dass es der Partei gelungen war, innerhalb kurzer Zeit ihren

Einfluss auf wesentliche Teile der organisierten Arbeiterschaft auszudehnen.

- Foto Baumgärtner -

Zu Beginn des Jahres 1923 gelang es der pfälzischen KPD mit Emil Löcher, Fritz Baumgärtner und Emil Weber wesentliche Positionen innerhalb des Ludwigshafener Fabrikarbeiterverbandes zu besetzen. Da jedoch der Hauptvorstand des FAV die Genannten wegen ihrer Rolle im vorangegangenen BASF-Streik ausschloss, diese aber wiederum von der Geschäftsführung nicht zurücktraten, war eine Spaltung des FAV in Ludwigshafen unvermeidlich geworden. Sie fand ihren Abschluss in der Bildung eines prokommunistischen „Industrieverbandes der chemischen Industrie“.

Entsprechend standen sich bei den Betriebsratswahlen vom 26. bis 29. Januar 1923 in der BASF die Liste der Freien Gewerkschaften und die der KPD konkurrierend gegenüber, wobei die kommunistische Liste mit 2 996 Stimmen der Gewerkschaftsliste mit 5 792 Stimmen deutlich unterlag. Bei diesem Ergebnis ist zu

berücksichtigen, dass neben den kommunistischen Betriebsratsmitgliedern auch rund 1 300 weitere Arbeiter wegen ihres Engagements im vorangegangenen Streik von der Werksleitung nicht wieder eingestellt worden waren und nahezu die Hälfte der BASF-Arbeiter sich nicht an der Wahl beteiligt hatte

KRISE 1923

REICHSREGIERUNG GEHT GEGEN LINKS (ERICH ZEIGNER) VOR ABER NICHT GEGEN RECHTS

Die KPD leitete das Jahr 1924 mit einer intensiven Propaganda gegen die mögliche Einführung des Zehnstudentages infolge des Inkrafttretens der vom Reichsarbeitsminister am 21. Dezember 1923 verabschiedeten neuen Arbeitszeitverordnung ein.

Als dann die Direktion der BASF am 28. Februar 1924 ab dem 3. März 1924 für die Arbeiter der Normalschicht tatsächlich den Neunstudentag einführte, veranlasste die Bezirksleitung und die zentrale Gewerkschaftsleitung der KPD die noch zögerliche Leitung des kommunistischen Industrieverbandes zu aktiven „Kampfmethoden“. Entsprechend forderte der

Industrieverband am 3. März 1924 die Arbeiter in einem Massenflugblatt auf, die Arbeitsplätze wie bisher nach acht Stunden zu verlassen.

Nach zwei Tagen folgten bereits zwei Drittel der Arbeiterbelegschaft in der BASF dieser Aufforderung, worauf die Direktion am 6. März 1924 die gesamte Arbeiterbelegschaft aussperrte und mit Hilfe der Polizei das Werksgelände räumen ließ.

-

- FOTO KAPD –

-

Dies führte zu einer massiven Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Polizei, in deren Verlauf fünf Arbeiter getötet wurden. Eine Folge davon war ein Massenzulauf zum Industrieverband, der unter der Führung von Fritz Baumgärtner bis zur Aufgabe des Streiks am 9. Mai 1924 dessen alleinige Leitung innehatte.

FOTO WIEDERAUFNAHME

Nach der Wiederaufnahme der Arbeit verweigerte die Direktion 300 Aktivisten des Industrieverbandes, der während des Streiks seine Mitgliedszahl von 3 000 auf 10 000 hatte steigern können, die Wiedereinstellung.

Davon unbeeindruckt stimmten bei den Betriebsratswahlen im Juni 1924 noch einmal zwei Drittel der Anilinarbeiter für den Industrieverband, der insgesamt 8 506 Stimmen gegenüber 10 076 Stimmen für die Gemeinschaftsliste aus Freien und Christlichen Gewerkschaften sowie den Angestelltenverbänden erhielt.

- FOTO 8-STUNDEN-Tag

REICHSPRÄSIDENTENWAHL 1925

Dass es 1925 nicht zur offenen Konfrontation zwischen Anhängern von SPD und KPD kam, ist dem Umstand zu verdanken, dass zeitgleich in der KPD die ultralinken und damit besonders antisozialdemokratischen Gruppen auf Betreiben Stalins zurückgedrängt wurden – ein Fraktionskampf der in der Pfalz und Ludwigshafen besonders heftig tobte: Austritt aus KPD-Fraktion / Selbstaflösung

**INDUSTRIEVERBAND am 13. Oktober 1925
ABER AUCH DIE SPD SICH DEUTLICH
NACH LINKS BEWEGTE: HEIDELBERGER
PROGRAMM**

- FOTO FÜRSTENENTEIGNUNG -

**20.06.1926 Volksentscheid gegen die
Fürstenenteignung: 12762 ja 415 Nein**

Der 8. Bezirksparteitag der pfälzischen KPD trat am 29. und 30. Januar 1927 in Pirmasens zusammen. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Auswertung der VII. Erweiterten Tagung des EKKI (22. November - 16. Dezember 1926) in Moskau. Hierzu vertrat Paul Merker als Referent das Berliner ZK, während Hans Weber für die „Weddinger Opposition“ das Koreferat hielt. Merker griff die „Weddinger Opposition“ scharf an und forderte den Bezirksparteitag auf, sich vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse des EKKI zu stellen, „damit die pfälzische Organisation endlich wirkliche erfolgsbringende Parteiarbeit verrichtet“. Hans Weber wandte sich gegen Stalins Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande und forderte, „daß das Ermächtnis Lenins erfüllt wird, in welchem die Absetzung Stalins verlangt und eine Verbindung zwischen Stalin und Trotzki gefordert wird“. Weiterhin sprach er sich gegen die Rehabilitierung der rechten Parteiführung der KPD von 1923 (Brandler und Thalheimer) durch das EKKI aus

Die Bewertung des Bezirksparteitages durch das ZK folgte am 31. Januar 1928: August Creutzburg wurde kommissarisch als neuer Politischer Sekretär der Bezirksleitung Pfalz eingesetzt. Fritz Baumgärtner und Max Frenzel wurden aus der KPD ausgeschlossen! Zur Begründung hieß es, „dass mit diesem Beschluss ein Zustand innerhalb des Bezirkes Pfalz beseitigt wurde, der für die Partei auf die Dauer unerträglich war

Das 9. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (9.-28. Februar 1928) verkündete nach dem endgültigen Sieg über die Ultralinken – auch in der Pfalz – nun den „Kampf gegen die rechte Gefahr“ in der Weltpartei. Diese Linkswendung der Komintern wurde schematisch auf die KPD übertragen, die nun ihren politischen Hauptgegner wieder in der Sozialdemokratie sah. Die Folge davon war die Wiederaufnahme der Konfrontationspolitik der kommunistischen Opposition gegen die sozialdemokratischen Verbandsführer bei den Gewerkschaften, Naturfreunden, im Arbeitersport usw., die sich daraufhin erneut mit Ausschlüssen zur Wehr setzten

Mit dem anschließenden Verbot des kommunistischen Roten Frontkämpferbundes am 6. Mai 1929 durch den sozialdemokratischen Reichsinnenminister Severing war die Spaltung der Arbeiterbewegung manifestiert.

FOTO RFB-Verbot

Zum Ausdruck kam dies in Ludwigshafen anlässlich des zentralen Südwestdeutschen Rad- und Sportfestes vom 18.-20. Mai 1929: Zwar wurden anschließend die eigentlichen Sportveranstaltungen vor 40.000 Besuchern noch gemeinsam durchgeführt – und erfuhren selbst in der „bürgerlichen Presse“ eine positive Resonanz – die Atmosphäre unter den Sportlern war jedoch vergiftet. Ausdruck fand dies beim sonntäglichen Festzug, bei dem das sozialdemokratisch dominierte Kartell der Arbeitervereine eine andere Marschroute nahm als die unter stärker kommunistischen Einfluss stehenden Radfahrer.

- Radfahrer -

Der Aufbau der am 30. November und 1. Dezember 1929 in Berlin unter der Leitung von Paul Merker gebildeten „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ in der Pfalz ab Januar 1930 brachte den hiesigen Kommunisten nicht den gewünschten Erfolg. Während die RGO kaum aktive Anhänger fand, reduzierte sich bei den Betriebsratswahlen in der BASF im März 1930 der Stimmenanteil für die kommunistische Liste von 19,8% auf 17,9%

27. März 1930 SCHEITERN KABINETT MÜLLER

Zementiert wurde die Spaltung der Arbeiterbewegung z.B. auch im Arbeitersport an Pfingsten 1930 durch die Gründung der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit (KG). Der KPD-Vorsitzende, Ernst Thälmann, begründete diesen Schritt mit der angeblichen Absicht der *sozialfaschistischen Sportbürokraten, die Verbände aus der Front des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie herauszureißen und als Anhängsel der SPD in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen.* Der KPD nahe stehende Mitglieder des ATSB aus Ludwigshafen, Lambrecht oder Oppau

nahmen zwar danach an den Veranstaltungen der KG teil und wurden hierfür auch gelegentlich abgemahnt, entschieden sich aber für den Verbleib in ihren traditionellen Vereinen und wurden durch diese auch nicht ausgeschlossen.

März 1931 anlässlich der Betriebsratswahlen eine breite Kampagne für die Wahl „roter Betriebsräte“ und damit „roter Streikführer“ gestartet. So war dann die Steigerung des Stimmenanteils für die RGO unter den Arbeitern der BASF auf nur 23,8 % für die pfälzischen Kommunisten in Anbetracht der sich vertiefenden Wirtschaftskrise sehr enttäuschend

Entsprechend deren klar antifaschistischen Ausrichtung war es für die Ludwigshafener Teilnehmer an der Wiener Arbeiterolympiade dann doch überraschend, dass es anlässlich ihrer Begrüßung nach ihrer Rückkehr durch eine *vieltausendköpfige Menge* zu massiven Übergriffen durch die bayerische Landespolizei (Schupo) kam.

_ BILD POLIZEI -

Am 4. Oktober 1931 gründeten oppositionelle Sozialdemokraten auf ihrer Reichskonferenz in Berlin die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ SAP – Schwächung SPD-Linke.

_ 16. Dezember 1931 Eiserne Front -

**- FOTO REICHSPRÄSIDENTENWAHL
1932:**

Parteivorstand wohl in Begründungszwänge gegenüber der Parteibasis; zumindest musste der SPD-Reichspräsidentenkandidat von 1925, Otto Braun, noch am 10. März 1932 in der „Pfälzischen Post“ begründen, warum die SPD keinen eigenen sozialdemokratischen Kandidaten nominiert hatte.

- FOTO ANTIFASCHISTISCHE AKTION_

Am 25. Mai 1932 proklamierte die KPD die „Antifaschistische Aktion“ zur Abwehr der NSDAP. Die anschließende Zusammenarbeit zwischen Gliederungen der KPD und der SPD zur Abwehr des Nationalsozialismus drohte sich jedoch in den Augen der Kominternführung zu verselbständigen, so daß mitten im Reichstagswahlkampf - der Reichstag war 4.

Juni 1932 nach der Ernennung von Papens zum Reichskanzler durch Hindenburg aufgelöst worden - das Sekretariat der KPD am 14. Juli 1932 die Bezirksleitungen vor Fehlern bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik warnen und Vereinbarungen auch zwischen untergeordneten Leitungen beider Arbeiterparteien untersagen mußte

20. Juli 1932 PREUSSENSCHLAG

Entsprechend sprach die badisch-pfälzische Bezirksleitung in ihrem umfangreichen Bericht an den im Dezember 1932 abgehaltenen 1. Bezirksparteitag der KPD Bezirk Baden-Pfalz von einem „revolutionären Aufschwung“, wobei der „Antifaschistische Kampf“ in erster Linie gegen die Sozialdemokratie geführt worden sei!

Bemerkenswerterweise war es der KPD damit bei den Reichstagswahlen vom November 1932 zwar gelungen, in Baden erstmals die SPD als stärkste Arbeiterpartei abzulösen, gleichzeitig verschwieg die Bezirksleitung in ihrem Bericht jedoch, daß die NSDAP sowohl in der Pfalz als auch in Baden inzwischen mehr Wähler gewonnen hatte, als KPD und SPD gemeinsam mobilisieren konnten.

_ FOTO KARL LIEBKNECHT HAUS -

War die deutsche Arbeiterbewegung schon nicht auf die Machtübergabe an die Nationalsozialisten vorbereitet, so blieb man auch danach unfähig, die trennenden Gräben zu überwinden: Unbeeindruckt von der Reichstagsauflösung am 1. Februar 1933 und dem Demonstrationsverbot für die KPD ab dem 2. Februar 1933 sprach deren Parteileitung bereits am 3. Februar 1933 wieder von den „Sozialfaschisten“. Entsprechend wurde der von der SPD als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit geforderte „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien von der KPD-Führung abgelehnt und von ihr weiter nur eine „Einheitsfront von unten“ propagiert. So stand die deutsche Arbeiterbewegung der Legalisierung des faschistischen Terrors durch die Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ auch noch am 2. Februar 1933 gespalten und kampfunfähig gegenüber.

Zwar verstärkte die KPD die Umstellung auf die Illegalität nun auch im Bezirk Baden-Pfalz - die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht -

wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1 500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10 000 im Reich nutzten

- FOTO WAGNER KANZLEI -

In der Pfalz votierten am März 53 284 (9,0 %) Wähler für die KPD; die SPD auch in der Pfalz im Vergleich zum 6. November 1932 von 86.544 auf 98.404 Stimmen (16,8 %) verbessert und das Reichstagsmandat für Friedrich Wilhelm Wagner gehalten. Mit 46,5 % für die NSDAP war aber nun auch in der Pfalz der Damm gebrochen: Am 7. März 1933 wehten die ersten Hakenkreuzfahnen auf pfälzischen Rathäusern, am 10. März 1933 wurde die „Pfälzische Post“ besetzt.

- FOTO PFÄLZISCHE POST -

Die letzte schon unter Vorzensur stehende und mit zahlreichen fehlenden Artikeln erschienene

Ausgabe berichtete geradezu symbolisch von der Zerstörung des Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zweibrücken. Nicht mehr berichten konnte das SPD-Organ über die Erschießung des Sozialdemokraten Georg Hüter am gleichen Morgen in Oppau, ebenso wenig über das Verbot des Reichsbanners, der Eisern Front und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). In der Folge wurde noch am gleichen Tag - neben zahlreichen weiteren pfälzischen Reichsbannerführern - der Gauvorsitzende und MdR Friedrich Wilhelm Wagner verhaftet. Glückliche Umstände ermöglichten ihm am 11. März 1933 die Flucht aus der Pfalz. Andere wie der Bezirksvorsitzende Hammer, der Bezirkssekretär Bögler oder die Bürgermeister Kleefoot (Ludwigshafener) und Zorn (Oppau) kamen jedoch in „Schutzhaft.“

Dennoch hielt der Parteiausschuss der SPD in Berlin auch am 14. März 1933 – unter Teilnahme von Adolf Ludwig und Georg Setzer – am Grundsatz strikter Legalität fort. In die Pfalz zurückgekehrt, formulierte Setzer am 20. März 1933 ein gleich lautendes Rundschreiben an die Ortsvereine.

Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933: Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

30. März 1933 ihren Austritt aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

Auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verweigerte sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung bei den im März 1933 angelaufenen Betriebsratswahlen zunächst den neuen Herrschern. Als reichsweit in 1.387 Betrieben nur 11,7 % aller Betriebsrätemandate auf die NSBO entfallen waren, unterbrach die Regierung die Wahl mit dem

Gesetz über die Betriebsvertretungen vom 4. April 1933 zunächst bis zum September 1933, ohne sie dann fortsetzen. In Ludwigshafen z.B. errang die NSBO im Werk Giulini nur vier Sitze gegenüber sieben einer Einheitsliste aus ADGB, RGO und Christlichen Gewerkschaften.

Mit dem Gesetz vom 4. April wurden die Arbeitgeber ermächtigt, Betriebsangehörige bei „Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu entlassen.

- VERHAFTUNG KARL FISCHER (FOTO)

Allerdings war spätestens seit den gescheiterten Betriebsratswahlen innerhalb der NSDAP-Führung ohnehin die Entscheidung gefallen, die Gewerkschaften am 2. Mai 1933 aufzulösen.

Trotzdem versuchte die Gewerkschaftsführung, die eigenen Organisationen durch einen Kurs der Anbiederung an die NSDAP zu retten und bot im April 1933 sogar an, sich „in den Dienst des neuen Staates zu stellen“. Gleichzeitig distanzierte sich der Vorsitzende Theodor Leipart von der SPD und erklärte den ADGB für parteipolitisch neutral.

- FOTO 1. MAI -

Höhepunkt dieser Politik war der Aufruf des Bundesvorstandes zur Teilnahme am „Feiertag der nationalen Arbeit“, zu dem die NS-Führung den 1. Mai umdeuten wollte.

-FOTO 2. MAI -

Der Dank des Regimes für die ADGB-Aufforderung „allerorts an den von der Regierung veranlassten Feiern zu beteiligen“ erfolgte am nächsten Morgen: Um zehn Uhr besetzten SA- und SS-Kommandos das Ludwigshafener Gewerkschaftshaus und verhafteten sechs Bezirkssekretäre des ADGB. In Duisburg wurden an diesem Tag vier Gewerkschaftssekretäre bestialisch ermordet.

Das Gewerkschaftsvermögen wurde konfisziert; die Gewerkschaftspresse wurden nun im Sinne der Herrschenden redigiert.

Angesichts der politischen Lage im Deutschen Reich beschließt der SPD-Parteivorstand in Berlin am 4. MAI 1933, sechs seiner Mitglieder ins Ausland zu schicken. Dazu bestimmt werden Siegfried Crummenerl, Paul Hertz, Erich

Ollenhauer, Friedrich Stampfer, Hans Vogel und Otto Wels. Sie gehen zuerst nach Saarbrücken. Das Saargebiet wird treuhänderisch vom Völkerbund verwaltet.

17. Mai: Einstimmige Erklärung des Reichstags, dass Hitler außenpolitisch "Friedenspolitik" betreibe.

Prager Exilvorstand gibt am 2. Juni 1933 bekannt, dass die Parteileitung nunmehr ihren Sitz in Prag hat und ruft am 18. Juni 1933 zum Sturz Hitlers auf

Eine Reichskonferenz der Inlands-SPD wählt am 19. Juni 1933 in Berlin einen Parteivorstand und grenzt sich gegenüber der Auslandsleitung in Prag ab. Es wurde ein sechsköpfiges, rein „arisch“ zusammengesetztes Direktorium gewählt

22. Juni 1933 SPD-Verbot

Das formale Verbot der SPD traf eine in Pfalz schon real nicht mehr existierende Organisation.

- FOTO LUDWIG EXIL -

ZAHLEN:

JANUAR 1933

400 000 Stahlhelmer

400 000 SA-MITGLIEDER

REICHSWEHR 100 000

SCHUFO 250 000

REICHSBANNER 3 000 000

RFB Kampfbund 100 0000

4.493 Ende 1932 im Kartell der Arbeitervereine organisierte Arbeitersportler betroffen – reichsweit rund 1,2 Millionen

Gescheitert am Unvermögen aufeinander zuzugehen, - zerrieben zwischen einem Legalismus um jeden Preis und einem Verbalradikalismus von KPD und RGO, der nur von einer radikalen Minderheit getragen wurde - ging auch die Ludwigshafener Arbeiterbewegung gespalten in den gemeinsamen Untergang.